

29. März 2017

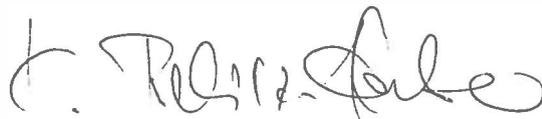
Postulat

von Mathias Manz (SP)
und Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Rahmen der Gespräche mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) darauf hinwirken kann, dass die Büros im Verwaltungstrakt des Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal primär der Rechtsvertretung der Asylsuchenden zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Planung des Bundesasylzentrums Duttweiler sieht im Gebäude selbst Büroräumlichkeiten vor, die als «Verwaltungstrakt» bezeichnet werden. In der Vergangenheit stand immer wieder zur Diskussion, ob die Rechtsvertretung für die Asylsuchenden als genügend unabhängig vom eigentlichen Asylverfahren des SEM wahrgenommen werden kann. Die Räumlichkeiten an der Förllibuckstrasse, wo sich sowohl die Büros des SEM als auch der Rechtsvertretung befinden, spielen dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Würden die Gespräche zwischen den Asylsuchenden und ihrer Rechtsvertretung im Verwaltungstrakt des Zentrums selbst stattfinden, könnte das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Asylsuchenden und Rechtsvertretung gefördert werden.



Antrag auf gemeinsame Behandlung mit der Weisung 2016/403, Erstellung Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal.